



Pressemitteilung

Frankfurt, 23. Januar 2019

Hessische Ärztekammer reagiert betroffen auf Hafturteil gegen die Ärztin und Hessische Friedenspreisträgerin 2018 Şebnem Korur Fincanci in der Türkei

Erst vor wenigen Wochen wurde die Ärztin Şebnem Korur Fincanci, Vorsitzende der türkischen Menschenrechtsstiftung, für ihren Einsatz bei der Aufarbeitung von Folter und Menschenrechtsverletzungen in der Türkei mit dem Hessischen Friedenspreis im Hessischen Landtag Wiesbaden geehrt. Auch ein Vertreter der Landesärztekammer Hessen gratulierte der Mitverfasserin des "Istanbul Protokolls", eines internationalen Standardwerks der Vereinten Nationen zur Untersuchung und Dokumentation von Folter, zu ihrer Arbeit und ihrem Engagement.

Unter dem Vorwurf der „Terrorpropaganda“ ist die Menschenrechtlerin jetzt in der Türkei zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt worden. Fincanci hatte 2016 als eine von über 1000 Akademikerinnen und Akademikern die Friedenspetition "We will not be a party to this crime" unterschrieben. Dies war nun der Anlass für ihre Verurteilung.

Darüber hinaus beteiligte sich Fincanci an einer Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen durch das türkische Militär 2015 bis 2016 in der kurdischen Stadt Cizîr. Unter ihrer Leitung hatte eine Ärztedelegation der Menschenrechtsstiftung einen Bericht über die schweren Menschenrechtsverletzungen der türkischen Sicherheitskräfte in Cizîr verfasst.

Das Präsidium der Landesärztekammer Hessen reagiert betroffen auf das Urteil gegen eine Kollegin, die ihre Arbeit korrekt und unbestechlich durchgeführt hat. Ihr freies Wort mit der Behauptung zu unterdrücken, sie übe damit Terrorpropaganda, richte diejenigen, die ein solches Urteil sprechen, hatte Prof. Wolfgang Huber bereits in seiner Laudatio auf die Friedenspreisträgerin erklärt.

Das Urteil gegen die türkische Ärztin ist noch nicht rechtskräftig. Daher äußert die Landesärztekammer die Hoffnung, dass Şebnem Korur Fincanci vom Berufungsgericht freigesprochen wird. Der im Mai in Münster tagende Deutsche Ärztetag wird aufgefordert, die politische Verfolgung von Ärztinnen und Ärzten zu thematisieren.